

17. Wahlperiode

## Antrag

der Fraktion Die Linke

### **Städtepartnerschaft Berlin-Moskau: Für die Freiheit werben! Menschenrechtsverletzungen nicht hinnehmen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, darzulegen,

- zu welchen Anlässen er mit welchen konkreten Aktivitäten gegenüber unserer Partnerstadt Moskau die Solidarität Berlins mit den lesbisch, schwul, bisexuell und transgener lebenden Bürgerinnen und Bürgern Moskaus deutlich gemacht hat, denen mit dem seit Sommer in Kraft getretenen „Gesetz gegen Homosexuellen-Propaganda“ wesentliche Bürger/-innenrechte entzogen werden,
- welche konkreten Initiativen er im Rahmen des städtepartnerschaftlichen Dialogs weiterhin plant, um gegen diese Diskriminierung aufzutreten, für Demokratie und Freiheit zu werben und auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und
- inwieweit Berliner Nichtregierungsorganisationen, die Kontakte nach Moskau auf- und ausbauen wollen, vom Senat aktiv dabei unterstützt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. März 2014 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Seit Sommer 2013 ist ein Gesetz gegen sogenannte Homopropaganda in Russland in Kraft.

Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben im Juni 2013 in einem Appell ihrer Besorgnis über die damals noch bevorstehende Verabschiedung des Gesetzes in der Duma Ausdruck verliehen. Der Regierende Bürgermeister schrieb im August 2013 einen Brief an seinen Moskauer

Amtskollegen, kritisierte das Gesetz und mahnte mehr Toleranz für unterschiedliche Lebensweisen an. Darüber hinaus sind keine weiteren Aktivitäten bekannt.

Unseren Partner/-innen in Russland muss klar sein, dass wir ein solches diskriminierendes Gesetz ablehnen. Dazu sind ein Brief und eine Erklärung nicht genug, das bedarf eines nachhaltigen Vertretens unserer Position.

In der Debatte im Abgeordnetenhaus zum Antrag „Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender in Moskau und ganz Russland schützen“ (Drs.17/0998) am 30. Mai 2013 wurden von Seiten der Koalition konkrete Ideen angekündigt, über die informiert werden soll.

Berlin ist auch Fluchtort vieler lesbisch, schwul, bisexuell und transgender lebenden Menschen aus Russland, sei es zeitweise, sei es für länger. Diese Gäste unserer Stadt und Neu-Berliner/-innen sollen sicher sein, dass ihre Anliegen auch von der Landesregierung wahrgenommen und vertreten werden.

Städtepartnerschaften sind nicht nur für Empfänge und Glamour da. Sie sollen auch dem Austausch und der Auseinandersetzung um Werte dienen. Berlin, eine Stadt, die den Verlust von Vielfalt schmerzlich erfahren musste, steht in der Verantwortung, diese Erfahrungen nicht beiseite zu legen, sondern unsere Partnerinnen und Partner daran teilhaben zu lassen.

Berlin, d. 16. Januar 2014

U. Wolf            Schatz            Dr. Lederer  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke